

Johannes Varwick: Fallstricke der ‚Nie wieder ist jetzt-Rhetorik‘

Einige Wochen nach den menschenverachtenden Terroranschlägen der Hamas auf Israel setzten mehr als hundert deutsche Unternehmen in ganzseitigen Zeitungsanzeigen ihren Namen unter die Zeile „Nie wieder ist jetzt“. In der Anzeige heißt es: „Wir alle verurteilen den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Und wir sehen mit Entsetzen das Leid von Zivilisten in Israel und Gaza. Als deutsche Unternehmen stellen wir uns gegen jede Form von Hass und Antisemitismus“. Auch etliche Aufrufe zum 85. Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 benutzen die „Nie wieder ist jetzt“-Losung. Gewerkschaften, das Deutsche Theater in Berlin, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge oder der Deutsche Bundesjugendring – alle betonen „Nie wieder ist jetzt“. Dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sich fragen, wohin Hass und Gewalt noch führen und Antisemitismus milieuübergreifend wieder gesellschaftsfähig zu werden droht, ist beschämend und inakzeptabel. Eine eindeutige Positionierung ist moralischer Imperativ.

Man könnte es sich einfach machen und argumentieren, dass alles, was dazu beiträgt, dass Jüdinnen und Juden in der aktuellen Lage Solidarität erfahren automatisch auch richtig sei. Nie wieder, ja natürlich! Wer könnte nicht dafür sein? Zugleich hat die um sich greifende historische Kontextualisierung im Sinne einer „Nie wieder ist jetzt-Rhetorik“ gewichtige Schattenseiten. Sie erinnert an die Aussage von „right or wrong, my country“ und droht hier wie dort den klaren Blick auf Probleme verstellen. Denn letztlich instrumentalisiert diese Losung – mit sicher besten Intentionen – den Holocaust in befremdlicher Weise.

Nach einer Veranstaltung an der Universität Halle-Wittenberg sprach mich kürzlich ein engagierter und kluger Student an und kritisierte mich dafür, dass ich die oft zu hörende „Nie wieder ist jetzt“-Aussage mit dem Argument problematisiert hatte, dass diese den Holocaust unzulässig instrumentalisieren. Aus der dann folgenden kontroversen Debatte mit dem jungen Mann habe ich gelernt, dass ich mit meiner Aussage offenkundig deutsche Jüdinnen und Juden verletzt habe. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat berechnete Sorgen und ich wollte das nicht infrage stellen oder relativieren. Ich hatte allerdings bereits meinen kritisierten Ausführungen vorangestellt, dass jüdisches Leben in Deutschland geschützt werden müsse (und wird) und dies als selbstverständliche Staats- und Bürgerpflicht bezeichnet.

Im innenpolitischen Kontext verklärt die „Nie wieder ist jetzt-Rhetorik“ jedoch die Lage und verwässert geradezu die immerwährende deutsche historische Schuld an der massenhaften Entrechtung, Demütigung und schlussendlich Vernichtung jüdischen Lebens beginnend mit den 1930er Jahren. Denn anders als damals leben deutsche Jüdinnen und Juden heute hierzulande als Gleichberechtigte in einem Staat, in dem jüdisches Leben von der großen Mehrheit als bereichernd wahrgenommen wird und willkommen ist – und ebenso unmissverständlich aktiv geschützt wird. Wer dies infrage stellt, wird zurecht aus dem Diskurs ausgeschlossen und wird hoffentlich und wahrscheinlich

in der Berliner Republik weder Macht noch bestimmenden Einfluss bekommen. Das heißt nicht, dass Antisemitismus nicht massenhaft vorkommt, aber maßgebliche Kräfte in Deutschland akzeptieren diesen nicht. Anders als 1938 gibt es überall in Deutschland Solidaritätsbekundungen, anders als 1938 schützt die Polizei unsere jüdischen Gemeinden und anders als 1938 ist glasklar, dass niemand ungeschoren davonkommt, der Jüdinnen und Juden bedroht. Braucht es also diese historische Reminiszenz im Sinne eines „Nie wieder“, um gegen Antisemitismus vorzugehen?

Eine weitere Facette der deutschen innenpolitischen Debatte betrifft die Frage, ob bei Demonstrationen oder Meinungsäußerungen gegen das israelische Vorgehen in Gaza eine besondere Verantwortung besteht, antijüdische Volksverhetzung und antiisraelische Propaganda zu unterbinden und auch hier gibt es problematische Aspekte der „Nie wieder-Rhetorik“. Dass bei vielen der Demonstrationen auch antisemitische Parolen skandiert werden oder diese gar von radikalen Islamisten gekapert werden, darf nicht toleriert werden. Das gilt auch für die Verharmlosung des Hamas-Terrors, der unzweifelhaft Auslöser für die aktuelle Eskalation im Nahen Osten ist. Zugleich ist es aber nachvollziehbar, dass es Menschen aus Palästina oder aus anderen arabischen Ländern mindestens so sehen wie der UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Dieser spricht zu Recht davon, dass die Gewalteskalation in Nahost „nicht im Vakuum stattfand“ und kritisierte die „erdrückende Besatzung“, die israelische Siedlungspolitik und auch das militärische Vorgehen der israelischen Streitkräfte massiv.

Dass durch das Fehlverhalten einzelner oder sogar mehrerer Demonstranten wie auch den aktuellen Diskurs in Öffentlichkeit, Medien und Politik eine Atmosphäre geschaffen wurde bzw. entstanden ist, in der jeder Versuch einer Differenzierung als Sympathie mit der Hamas verstanden und als Antisemitismus ausgelegt wird, ist inakzeptabel. Viele arabische und muslimische Einwanderer in Deutschland finden die Taten der Hamas entsetzlich. Aber sie finden auch, dass die deutsche Gesellschaft das Leid der Palästinenser geradezu ignoriert. Gutwillige verstehen, dass Deutschland besondere historische Verantwortung für Israel hat, aber kaum jemand akzeptiert, dass sie mit „Nie wieder“ ihrer Stimme beraubt werden sollen. Wer Palästinenser oder gar Muslime subtil unter Generalverdacht stellt oder zu einer vorbehaltlosen Solidarität mit Israel drängt und in diesem Sinne erwartet oder verlangt, bestimmte Positionen ohne jegliche Differenzierung einnehmen zu müssen, da man ansonsten Gefahr laufen könnte, als Antisemit oder Sympathisant der Hamas gebrandmarkt zu werden – der trägt zur Radikalisierung und nicht zur Versachlichung bei. Wer in Einwanderungsgesellschaften derart pauschalisiert, der löst ein Ticket in den Bürgerkrieg.

Wenn das „Nie wieder ist jetzt“ nicht auf die Situation in Deutschland, sondern auf die Lage in Gaza und Israel bezogen wird, sieht die Debatte anders aus. Es gilt ernst zu nehmen, dass sich Israel in einer höchst unbequemen geopolitischen Lage existentiell bedroht fühlt und auch existentiell bedroht ist, wenn von Terroristen oder auch Staaten wie dem Iran sein Existenzrecht bestritten wird. So ist nachvollziehbar, wenn etwa der israelische Verteidigungsminister ausführt, dass er es als Sohn von Holocaust-Überlebenden nicht zulassen werde, dass so etwas noch einmal passiere und er es als seine

Aufgabe sehe dafür zu sorgen, dass das „Nie wieder“ nicht nur eine Aussage sei. Ja – das ist nicht nur sehr verständlich, sondern richtig. Zunehmend soll aber mit dieser Rhetorik auch berechnete oder zumindest nachvollziehbare Kritik an der israelischen Regierung delegitimiert werden. Nicht jeder, der ein „Ja, aber“ denkt und ausspricht, ist ein Feind Israels, und auch nicht jeder, der nun auch die zivilen Opfer unter den Menschen in Gaza beklagt, verwechselt Ursache und Wirkung. Der Zweck – Sicherheit Israels – heiligt nicht nur nicht vorbehaltlos die Mittel. Und selbst wenn er das doch täte (wofür man sein kann und wofür hier einiges sprechen mag) muss diskutiert werden, ob der Zweck mit dem aktuellen Vorgehen der israelischen Regierung erreicht werden kann. Es spricht einiges dafür, dass das Gegenteil der Fall ist. Einen kritischen Diskurs darüber zu führen, ob der grundsätzlich legitime Verteidigungskrieg Israels die selbst erklärten Ziele und legitimen Ziele erreicht oder die Lage dadurch (noch) weiter außer Kontrolle gerät, sollte jedenfalls nicht mit „Nie wieder ist jetzt“ verunmöglicht werden.

Kompromisslos gegen Antisemitismus vorzugehen, sei es gegen den in Deutschland leider schon lange verwurzelten oder den Importierten, ist eine blanke Selbstverständlichkeit. Niemanden kann es kaltlassen, wenn sich jüdische Deutsche in unserem gemeinsamen Land (wieder) nicht (mehr) sicher fühlen und alle müssen dazu beitragen, dass sich das umgehend ändert. Dass „Nie wieder ist jetzt“ hat gleichwohl mindestens einen faden Beigeschmack. Für die innenpolitische Debatte taugt es aufgrund des missverständlichen Referenzrahmens nicht und in der internationalen Debatte ist die Gefahr groß, dass damit „with best intentions“ zu einer überzogenen und damit schädlichen Überreaktion beigetragen wird. Zeit also, für andere rhetorische Figuren.